

Sitzung vom 30. September 2009

1564. Anfrage (Schaffung eines Lehrstuhls für Geriatrie [Altersmedizin])

Die Kantonsrätinnen Erika Ziltener und Katrin Susanne Meier, Zürich, sowie Kantonsrat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, haben am 6. Juli 2009 folgende Anfrage eingereicht:

In unserer Gesellschaft wächst die Gruppe der hochbetagten Menschen am schnellsten, was nach einer Intensivierung der altersmedizinischen Forschung ruft. In der geriatrischen Forschung geht es hauptsächlich darum, Erkenntnisse zu gewinnen, dank denen die medizinischen Dienstleistungen optimiert werden können. Dies mit dem Ziel, die Lebensqualität betagter Menschen möglichst lange möglichst hoch zu erhalten.

Gesundheitspolitisch relevante Forschungsfelder beziehen sich auf Fragen, wie beispielsweise der Pflegebedarf vermindert und/oder Behinderung verhindert werden kann. Das heisst, sie fokussieren auf einige der wichtigsten gesundheitlichen Störungen betagter Menschen, wie Osteoporose, Stürze, Demenzen usw. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung scheinen die Forschungsanstrengungen zugunsten der hochbetagten Bevölkerung gering. Diese sind aber zur Verbesserung der Lebensqualität unabdingbar.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Forschungsanstrengungen zugunsten hochbetagter Menschen ungenügend sind? Wie schätzt der Regierungsrat das Potential der Altersmedizin ein, um die Lebensqualität betagter Menschen zu verbessern?

2. Ist der Regierungsrat bereit, sich für die Schaffung eines Lehrstuhls für Geriatrie einzusetzen, wie dies beispielsweise in Bern erfolgte?

3. Mit der Altersmedizin im Waidspital wurden unter Leitung von Professor Grob bereits wesentliche Vorarbeit für einen möglichen Lehrstuhl geschaffen. Teilt der Regierungsrat diese Beurteilung? Wenn ja, ist er bereit, diese mit einzubeziehen und der gesamten Bevölkerung des Kantons zugutekommen zu lassen?

4. Ebenso wie die Hausarztmedizin ist auch die Altersmedizin für eine zeitgemässe bedarfsgerechte und qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung unabdingbar. Wie plant der Regierungsrat diese Gesundheitsversorgung ab dem Jahr 2012 sicherzustellen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Erika Ziltener, Katrin Susanne Meier, Zürich, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Universität Zürich hat die zunehmende Bedeutung der geriatrischen Forschung seit Langem erkannt und die Forschung in diesem Bereich ausgebaut. 1998 wurde das Zentrum für Gerontologie, ein interdisziplinäres Kompetenzzentrum, geschaffen. Der Leitung dieses Zentrums gehören Professorinnen und Professoren für Gerontopsychologie, Innere Medizin, Praktische Theologie und Psychopathologie sowie der Chefarzt des Stadtärztlichen Dienstes Zürich an. Ein wichtiger Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkt des Zentrums bilden die Pflege von Demenzkranken und die Förderung von Gesundheit und Lebensqualität und Selbstständigkeit im Alter. Das Zentrum richtet sich ferner durch Publikationen, Kongresse und Beratungstätigkeit an Fachkreise und Öffentlichkeit.

Zusammen mit dem Waidspital wurde ein gemeinsames Zentrum für Alter und Mobilität errichtet (vgl. die Beantwortung der Frage 3).

Eine Institution, die sowohl für die altersmedizinische Forschung als auch für die Versorgung Modellcharakter hat, entstand 2005 durch die Verbindung des Gerontopsychiatrischen Zentrums Hegibach mit der Klinik für Alterspsychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Sie dient insbesondere der Behandlung von Demenzen (Alzheimerkrankheit), Gedächtnisstörungen und Depressionen.

Die Klinik für Alters- und Behindertenzahnmedizin wurde in die Klinik für Kaufunktionsstörungen, abnehmbare Rekonstruktionen sowie Alters- und Behindertenzahnmedizin integriert. Damit kann den älteren Menschen in Verbindung mit Forschung und Ausbildung im Rahmen des Zentrums für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität eine umfassende zahnmedizinische Betreuung angeboten werden. Zurzeit läuft das Verfahren zur Besetzung eines Lehrstuhls für Geriatrische Zahnmedizin, der durch die Umwandlung eines bisherigen Lehrstuhls für Prothetik geschaffen wurde.

Die Universitätsklinik Balgrist beschäftigt sich intensiv mit orthopädischen Fragen, die ältere Menschen betreffen.

Zu Frage 2:

Das Verfahren zur Besetzung eines Lehrstuhls für Geriatrie ist im Gange. Es handelt sich dabei um einen früheren Lehrstuhl für Innere Medizin, der im Hinblick auf die Wiederbesetzung neu ausgerichtet wird. Die Berufungskommission erarbeitet zurzeit einen Strukturbe-

richt, der die Grundlage für die bevorstehende Ausschreibung bildet. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Rolle des neuen Lehrstuhls gegenüber den übrigen organ-zentrierten Lehrstühlen zu klären.

Zu Frage 3:

Zwischen dem Waidspital und der Universität, zusammen mit dem Universitätsspital, besteht eine enge Zusammenarbeit. Diese wurde 2008 vertraglich geregelt und durch die Schaffung des gemeinsamen Zentrums für Alter und Mobilität gestärkt. Das Zentrum steht unter der Leitung einer Medizinprofessorin der Universität; ein Teilbereich wird durch den Chefarzt der geriatrischen Klinik des Stadtsitals Waid geleitet. Das Zentrum arbeitet auch eng mit dem Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität zusammen.

Schwerpunkte sind die Forschung und deren praktische Anwendung für Prävention und Behandlung chronischer Erkrankungen wie Osteoporose und Osteoarthritis. Wichtige Themen sind auch die Verhinderung und die Behandlung von Stürzen sowie die Ernährung.

Mit dieser Zusammenarbeit wird sichergestellt, dass die am Waidspital gewonnenen Erkenntnisse für die Forschung und Ausbildung und damit für die Bevölkerung insgesamt nutzbar gemacht werden.

Zu Frage 4:

Die Gesundheitsvorsorge richtet sich grundsätzlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, die sich zwangsläufig aufgrund der Entwicklung der altersmässigen Zusammensetzung der Gesellschaft verändern. Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der älteren Menschen nach 2012 wird im Zusammenhang mit der neuen Spitalplanung behandelt. Die geriatrische Gesundheitsversorgung wird Teil des Strukturberichts zur Spitalplanung sein, dessen Erstellung auf Mitte 2011 vorgesehen ist.

Die Langzeitversorgung in Heimen und durch die Spitex fällt gemäss Gesundheitsgesetz in den Bereich der Pflege und damit in die Pflicht der Gemeinden (§ 64 Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007 in Verbindung mit § 39 Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962, LS 810.1). Im Zusammenhang mit der laufenden Neuordnung der Pflegefinanzierung ist zurzeit noch offen, ob die Heime den Zugang zur spezialisierten geriatrischen Versorgung für ihre Bewohnerinnen und Bewohner sicherstellen müssen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi